

Unverkäufliche Leseprobe



Christian Schweppe
Zeiten ohne Wende
Anatomie eines Scheiterns

2024. 351 S.
ISBN 978-3-406-82177-6

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/36959122>

Christian Schweppe

ZEITEN OHNE WENDE

Christian Schweppe

ZEITEN OHNE WENDE

Anatomie eines Scheiterns

Ein Report

C.H.BECK

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2024
Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses
Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.
www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: geviert.com, Christian Otto
Umschlagabbildung: Verteidigungsminister Boris Pistorius und
Bundeskanzler Olaf Scholz beim Besuch der Firma Rheinmetall am 12.2.2024,

© picture alliance/dpa, Philipp Schulze
Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen
Druck und Bindung: Pustet, Regensburg
Printed in Germany

ISBN 978 3 406 82177 6



verantwortungsbewusst produziert
www.chbeck.de/nachhaltig

«Wir erleben eine Zeitenwende.»

Bundeskanzler Olaf Scholz im Deutschen Bundestag
Sonntag, 27. Februar 2022

*Für Ben, Mika und Noa.
Ich hoffe, sie dürfen in Frieden großwerden, noch größer.*

INHALT

Vorwort: Wehrlos – Warum? 9

Prolog 13

Phase I. – Alles beginnt

1. Kaltstart 17

Der Kanzler und eine historische Rede 17 Die Bundeswehr?

Ein Land erinnert sich 25 Wie unser Militär marode wurde 32

Auftritt: Christine Lambrecht 43

2. Mangelwirtschaft 49

Kein Geld für Krieg 49 Das Beschaffungsmonster 56

Der ganze Irrsinn 65

3. Abschreckung 73

Heiße Tage an der kalten Ostflanke 73 Siebenhundert

Kilometer bis Kyjiw 77 Die Suche nach der Raketenabwehr 89

Phase II. – Alles eskaliert

4. Geheimnisse 99

Die wahnwitzige Geschichte der 5000 Helme 99

Die Waffenliste im Tresor 102 Helikoptermutter 110

5. Goldrausch 119

Lobbyistenalarm 119 «Wir gestalten Diskurs» 124

Waffendinner im Bundestag 132

6. Stillstand 144

Ein Sommer im Krieg 144 Kanzler im Panzer 155

Flak-Zimmermann 163 Die große Zeitenwendeshow 169

Phase III. – Alles verloren?

7. Drama 181

Die Nacht der langen Messer 181 Munitionsnotstand 193

Lambrechts letzte Chance 202 Achtzehn tote Katzen 207

8. Neubeginn 221

Der Star-Minister 221 Das bisschen Zeitenwende 228

Kriegsgewinnler und Spione 236 Fachkräftemangel bei der
Bundeswehr 247

9. Schicksalszeit 257

Brigade Litauen 257 Die Funkhöhle 263

Der Haushaltsschock 271 Taurus 281 Horrorwoche mit
Boris Pistorius 295

Zweieinhalb Jahre Zeitenwende: Eine Bilanz 319

Dank 349

Quellenhinweise und Nachbemerkung 351

VORWORT

Wehrlos – Warum?

Ich erinnere mich gut an den Sonntag, an dem der Krieg zu uns kam. Am Morgen ging ich durch die kalten Straßen von Berlin und sah in den Fenstern die vielen Fahnen in den Farben der Ukraine: gelb, blau, kleine Zeichen der Solidarität. Und Zeichen gegen Putin, jenen russischen Herrscher, der drei Tage zuvor Kyjiw angegriffen hatte – keine drei Flugstunden entfernt. Mittags erreichte ich das Brandenburger Tor, wo bereits kein Durchkommen mehr war. Zehntausende waren da, wahrscheinlich mehr, um gegen die Ungerechtigkeit dieses Angriffskrieges zu protestieren. Ich, der Reporter, fotografierte die Menge und beobachtete alles. Später lief ich hinüber zum Reichstag, drinnen war es völlig still, fast so, als wäre all das nur ein schlimmer Traum gewesen. Doch es war real. Als die Ukraine im Morgenrauen des 24. Februar 2022 von Russland überfallen wurde, hatte sich Europa für immer verändert. Auch Deutschland. Dieses Buch erzählt die Geschichte dahinter.

Es ist die Geschichte von der *Zeitenwende*.

Denn die hatte Bundeskanzler Olaf Scholz an diesem klirrendkalten Sonntag ausgerufen, in einer historischen Rede. Die «Zeitenwende» ist ein Bruch in unserer Geschichte, wie der Mauerfall 1989 oder der Terror vom 11. September 2001. Deutschland dachte, es sei nur noch von Freunden umgeben – ein Irrtum. Der Kanzler rief einen neuen Sicherheitskurs aus: Aufrüstung, Verteidigungsfähigkeit. Als Beobachter fragte man sich: Kann das gelingen?

Mit der Rede jedenfalls begann eine Zeit, wie es sie in unserem Land noch nicht gegeben hat. Ausgerechnet der einst linke SPD-Mann Scholz wurde zum Kriegskanzler, etwas, das er bis heute nicht sein will. Scholz sieht sich, wenn schon, als Friedenskanzler, das wird diese Geschichte schnell zeigen. Und auch, warum das ein Problem ist.

In diesem Buch geht es darum, wie die inzwischen weltweit zitierte *Zeitenwende* ganz konkret aussieht, welche Menschen sie gestalten und was für Zwängen diese unterliegen. Eine *Zeitenwende* geschieht nicht einfach so, Menschen müssen sie anpacken. Dieses Buch erzählt von ihnen: Ein General muckt auf, eine Verteidigungspolitikerin wird berühmt, ein Haushaltsreferent im Bundestag verzweifelt. Ich wollte also kein Buch über Panzer schreiben, auch keine politikwissenschaftliche Analyse, sondern eine Langzeitreportage. Die Geschichten der Menschen, die ich dafür lang begleitet habe, sind freilich nur ein Ausschnitt. Und doch machen sie die *Zeitenwende* verständlicher, das jedenfalls war mein Ziel. Dieses Buch soll helfen, diese neue Zeit einzuordnen und gleichzeitig einen Beitrag leisten zur politischen Diskussion: Was heißt das jetzt genau, *Zeitenwende* und Sondervermögen? Ist das eine nur das andere? Und was können 100 Milliarden Euro wirklich bewegen?

Als Reporter berichte ich seit Jahren über die Verteidigungspolitik: Ich war mit der Bundeswehr in Mali, Niger, Kosovo und Afghanistan. Ich schlief im Militärcamp, heftete mich Extremisten bei der Bundeswehr an die Fersen und erlebte aus unmittelbarer Nähe, wie es ist, wenn Soldaten abdrücken. Als an jenem Sonntag, dem 27. Februar, die Demonstranten langsam nach Hause gingen und ich im leeren Plenarsaal des Bundestags stand, wo vormittags noch der Kanzler geredet hatte, versuchte ich, in aller Stille zu verstehen, wie sehr sich die Welt gerade verändert hatte. Auch ich konnte damals nicht wissen, was vor uns liegen würde. Doch ich beschloss, es genauestens zu verfolgen.

Die Zeit danach verstand ich schreibend: Ich zog mich aus dem Tagesgeschäft zurück und wollte stattdessen beobachten, was nun werden würde aus der versprochenen Wende. Seit Langem war die Bundeswehr ignoriert und vernachlässigt worden. Jetzt soll sie plötzlich unser aller Sicherheit garantieren. Wie es dazu kam, erzählt diese Geschichte. Sie legt offen, warum bei der *Zeitenwende* vieles so lange dauert und wie groß die Mängel wirklich sind. Ich besuchte Generale und einfache Soldaten, ging ins Kanzleramt und das Verteidigungsministerium, fuhr auf alte Flugplätze und schaute mich in getarnten

Munitionsdepots um. Schließlich führte mich meine Spurensuche nach Litauen und Schweden, ehe ich schließlich, ganz zum Schluss, in die Ukraine reiste. Ins Kriegsgebiet.

Dieses Buch ist ausdrücklich nicht bloß für Militärexperten geschrieben. Die *Zeitenwende* geht uns alle an – Europas neue Unsicherheit wird nach Putins Angriff nicht einfach wieder weggehen. In all den Monaten habe ich ein verunsichertes, gestresstes Land erlebt, eine große Überforderung und, viel zu oft, deutsche Planlosigkeit.

Klar ist: Der Ernstfall, er ist da, drastischer noch als im *Kalten Krieg*. Sollte die Ukraine Russlands Invasion nicht überstehen und Deutschland nicht rasch selbst verteidigungsfähig werden, droht – abermals – ein böses Erwachen. Noch können wir uns vorbereiten.

Berlin, im Sommer 2024

PROLOG

24. Februar 2022, Donnerstagnacht.

Eilmeldungen der Deutschen Presse-Agentur

+++ 4.11 Uhr +++

Kremlchef Putin genehmigt Militäreinsatz in Ostukraine

+++ 4.35 Uhr +++

Biden: Russland hat vorsätzlich Krieg begonnen

+++ 5.04 Uhr +++

Deutschland: Russland wird beispiellosen Preis bezahlen

+++ 5.12 Uhr +++

Ukrainischer Außenminister: Putin startet große Invasion

Phase I. – Alles beginnt

1.

KALTSTART

Der Kanzler und eine historische Rede

Sonntag, 27. Januar 2022

Großer Plenarsaal, Deutscher Bundestag

Von seinem Platz auf der Regierungsbank bis zum Rednerpult im Plenarsaal des Bundestags sind es für den Bundeskanzler genau sieben Schritte. An jenem Morgen, es ist der 27. Februar 2022, geht Olaf Scholz diese Schritte mit Bedacht. Es ist der 81. Tag seiner Kanzlerschaft und schon jetzt ist klar, dass Scholz ein Kriegskanzler werden wird. Auch er selbst, der erfahrene SPD-Politiker, wird das wohl gewusst haben, als er aufsteht, um seine Ansprache an das Land und das Parlament zu halten. Es ist seine erste große Rede, seit bloß zweieinhalb Flugstunden von Berlin entfernt der Krieg ausbrach. Jetzt bestimmt die Lage in der Ukraine auch über den Fortlauf der deutschen Geschichte mit. Was mag Olaf Scholz in diesem Augenblick gedacht haben? War er nervös? Noch unter Schock?

Bloß drei Tage zuvor, am Donnerstag, hatten die Kämpfe in der Ukraine begonnen, nun, am Sonntag, kommt das deutsche Parlament zu einer Sondersitzung in Berlin zusammen, der Kanzler hat eine Regierungserklärung angekündigt. Eine Fernsehansprache war nicht genug gewesen. Was Scholz nun sagen wird, läutet ein neues Kapitel in der Historie der Bundesrepublik ein. Es ist eine ernsthafte Sicherheitskrise, eine, wie es sie im Land noch nicht gegeben hat.

Im Februar 2022 ist Deutschland in einer neuen Weltlage aufgewacht, die nichts anderes bedeutet als den schlimmsten Krieg auf dem Kontinent seit dem Zweiten Weltkrieg. Das ist die Ausgangslage, als Olaf Scholz an diesem Sonntag aufsteht, nach vorn tritt und sich an die Deutschen wendet. Alles schaut auf ihn: Was wird der Kanzler in dieser

entscheidenden Stunde sagen? Welchen Ton wird Scholz vorgeben und wie verhält sich seine Regierung gegenüber dem Aggressor Russland? Selbst bestens vernetzte Politikerinnen und Politiker haben an diesem Sonntag wenig Ahnung, was Scholz verkünden will. Die meisten gehen arglos in die Sitzung, nur einer hat etwas aufgeschnappt und schickt auf Nachfrage kurz vor Beginn eine kryptische SMS: Da kommt was – etwas Großes. Es gehe um die Bundeswehr, Scholz wolle aufrüsten.

Mehr wisse er noch nicht, schreibt er noch, niemand wisse etwas.

Am geheimen Redemanuskript haben sie im Kanzleramt bis zuletzt gefeilt und den Auftritt im Bundestag sorgsam choreographiert. Scholz trägt unter der Reichstagskuppel einen staatsmännisch-schlichten Anzug und eine dezente rote Krawatte, die Redeseiten sind in seine schwarze Kanzlermappe mit dem Bundesadler vorne drauf gelegt worden. Am Pult angekommen klappt Scholz sie jetzt auf, betrachtet den Text noch einmal, nur für einen Moment, und beginnt. Das Wasserglas, das ihm hingestellt wurde, wird er nicht brauchen. Vor Scholz werden zwei Stenographen jedes der 2602 Wörter der Rede mitschreiben und schon nach den ersten Sätzen ist klar: Das Land ist gerade ein anderes geworden.

Scholz sagt: «Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.» Scholz nennt Russland ein «Unterdrückungsregime», ein Wort, das zuvor kein deutscher Kanzler oder eine Kanzlerin so direkt in den Mund genommen hat. Russland ist spätestens jetzt kein Freund der Bundesrepublik mehr, so viel ist jetzt schon sicher. Zu Putins Angriff sagt Scholz: «Das ist menschenverachtend, das ist völkerrechtswidrig, das ist durch Nichts und Niemanden zu rechtfertigen.»

Die Worte gehen über in einen langanhaltenden Applaus der Parlamentarier im Saal, oben auf der Besuchertribüne tippt der ukrainische Botschafter aufgeregte Zeilen in sein Handy. Was der deutsche Kanzler nun sagt, ein Mann, der sich sonst oft in Floskeln verliert und der kein großer Redner ist, wischt in fünf Minuten Redezeit Gewissheiten aus dreißig Jahren Bundespolitik hinfort. Das ist das Tempo der ersten Tage dieser beginnenden *Zeitenwende*: ein Epochenbruch im Wimpernschlag.

Scholz fährt fort: «Die himmelschreiende Ungerechtigkeit, der Schmerz der Ukrainerinnen und Ukrainer, sie gehen uns allen sehr nahe.» Er ahne, was an den Küchentischen im Land in diesen Tagen abends besprochen werde. «Viele von uns haben noch die Erzählungen unserer Eltern oder Großeltern im Ohr – Krieg. Und für die Jüngeren ist es kaum fassbar – Krieg in Europa.»

Draußen vor dem Reichstag sind die Menschen in diesen Minuten längst auf den Beinen, seit Stunden marschieren sie, am Ende werden es Hunderttausende sein, die sich zu einer der größten Demonstrationen in der jüngeren deutschen Geschichte formieren. Menschen, die direkt vor dem Parlamentsgebäude entlangziehen und an den Säulen des Brandenburger Tors vorbei, diesem Symbol der Freiheit, mitten im einst geteilten und heute friedlichen Berlin. Sie alle, Männer, Frauen und Kinder, laufen mitten hindurch, sie tragen viele selbstbemalte Schilder und Transparente: Putin, der Kriegsverbrecher, das ist die Botschaft an diesem kalten Vormittag.

Und für viele fühlt es sich noch immer an wie ein schlimmer Traum: Hatte Wladimir Putin, der früher noch als russischer Freund im selben Bundestagsplenum hatte reden dürfen, in dem ihn der Bundeskanzler nun zum Despoten erklärt, wirklich die Ukraine überfallen? Den nach Russland flächenmäßig zweitgrößten Staat Europas? Er hatte. Und damit war das Leben der mehr als 41 Millionen Menschen dort ein anderes: Viele flüchteten in den Westen, viele kamen am Berliner Hauptbahnhof an, mit einem der rettenden Züge aus Polen; nur die Männer durften nicht weg, die Millionen Söhne, Väter, Freunde – sie müssen um ihre Heimat kämpfen. Sie alle sind jetzt Verteidiger ihres Landes, unter Waffen werden sie sich wehren, was es auch koste. So viel ist klar.

Die Wahrheit ist aber auch: Der Krieg war schon lange Realität vieler Menschen in der Ukraine gewesen. Im Osten des Landes nämlich, an der russischen Grenze – nur hatte das in Europa bislang kaum jemanden interessiert. Dort aber, im Donbass zum Beispiel, hatte Russland seit 2014 gekämpft. Zudem hatte es im selben Jahr die Halbinsel Krim annektiert, jenes Gebiet, das wegen seiner Häfen schon immer strategisch wichtig gewesen war für die Großherrscher

im Osten. Die Krim? In Deutschland kannten viele vor 2014 ihre geopolitische Bedeutung eher nicht.

Rückblickend dürfte Putin 2014 viel gelernt haben – denn obwohl seine Spezialeinheiten diesen Landesteil der Ukraine einfach entrissen hatten, schritten die Staaten der westlichen Militärallianz, der NATO, nicht ein. Es gab westliche Sanktionen, das ja, aber nichts, was einem Wladimir Putin ernsthaft den Schlaf rauben würde. Das Leben in Europa ging weiter. Und der Krieg verschwand wieder aus den meisten Schlagzeilen. Die Bundesregierung trieb unter Kanzlerin Angela Merkel derweil einen höchst umstrittenen Pipelinedeal mit Russland voran, der russisches Gas günstig direkt nach Deutschland bringen sollte – und der die seit 1991 unabhängige Ukraine, die immer gegen Nord Stream 2 protestiert hatte, weiter vom Energiemarkt und Handel abgeschnitten hätte.

Die Nord Stream 2-Pipeline, die am Ende nie in Betrieb gehen wird, weil der große Krieg dazwischenkommt, gehört zur Vorgeschichte der Rede, die Olaf Scholz schließlich an jenem Sonntag hält.

Genauso wie jene Wochen kurz vor der Invasion, in denen Russland bereits etwa 150000 Soldaten an den Grenzen der Ukraine zusammengezogen hatte – angeblich zu Übungszwecken. Der Westen fürchtete bereits damals eine Invasion Putins, doch der bestritt und forderte Sicherheitsgarantien, weniger NATO-Truppen in Osteuropa und grundsätzlich den Stopp der NATO-Osterweiterung. Putin warf dem Bündnis schon lange vor, sich immer weiter in Richtung Russland auszudehnen, er forderte sogar, die NATO, die er stets als Gegenspieler seiner Macht begriff, wieder auf ihre Grenzen von 1997 zurückzusetzen. Das jedoch war weder für die NATO noch die amerikanische Schutzmacht verhandelbar.

Am 21. Februar 2022, drei Tage vor der Invasion, erkennt Russland die Unabhängigkeit der unter russischem Einfluss stehenden Gebiete um Donezk und Luhansk an: Sie sollen fortan «Volksrepubliken» heißen. Kurz danach, sich auf eine angebliche Bedrohung dieser Gebiete durch die Ukraine berufend, wird Putin den Einmarsch befehlen.

Er beginnt am Morgen des 24. Februar und findet gleichzeitig von Süden, Osten und Norden statt, völkerrechtswidrig. Alle Diplomatie

ist dahin, das Kriegsrecht tritt in Kraft. Westliche Nachrichtendienste verfolgen es genau. Das hier ist keine Übung, hier werden plötzlich Bomben in Flugzeuge verladen, geheime Erkennungszeichen an Panzer geschrieben und sogar Blutreserven für später vielleicht verwundete russische Soldaten aufgefüllt, ehe die Kriegsmis-sion beginnt.

Es ist jener Morgen, an dem auch die Ticker der deutschen Nachrichtenagenturen nicht stillstehen. Um kurz vor 6 Uhr erklärt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj seinerseits den Kriegszustand; Putin hat zuvor eine Fernsehansprache gehalten, in der er davon sprach, die Ukraine «denazifizieren» zu müssen, wie er es wörtlich nennt. Seinen Angriffskrieg bezeichnet Putin als «Spezialoperation».

Die Welt steht danach für einen kurzen Moment still, drei Tage später spricht der Bundeskanzler im Bundestag. Dort wiederholt er die so geschichtsverändernden Sätze seiner Rede noch einmal: «Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.»

Dann wird Olaf Scholz konkreter: Zeitenwende, was heißt das für Deutschland? Was bedeutet Putins Angriff für das deutsche Militär und die Landesgrenzen der Bundesrepublik? Scholz macht klar: Man muss letztere künftig wieder besser verteidigen können, die Ära des langen Friedens ist vorbei. Ein neues Sondervermögen von 100 Milliarden Euro – nicht Millionen, Milliarden – soll die Bundeswehr gegen die neue Bedrohung ausstatten. Denn niemand kann mehr garantieren, dass Putin nicht noch mehr will als die Ukraine.

Die Fraktionschefin der Grünen, Britta Haßelmann, rutscht auf ihrem Stuhl im Plenarsaal nervös hin und her, noch während der laufenden Rede geht es im Fraktions-Chat hoch her. Plötzlich gehören die Grünen einer Koalition an, die Rüstungspolitik macht. Alle haben Fragen an die Spitze: Was wusste sie von den 100 Milliarden? «Robert wusste es, die Fraktion nicht», sagt später eine Grüne. Intern wird sofort diskutiert, wofür man das Geld denn wirklich brauche und ob das nötig sei. Sara Nanni, 37, sitzt mit im Plenarsaal, sie ist die neue sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen, Nanni weiß sofort, dass auf sie nun Fragen einprasseln werden. Auch sie will Antworten

von der Spitze, doch vorerst bleibt offen, wie die Rede des Kanzlers ihre Partei verändern wird. Abends gehen einige junge Grüne auf eine Anti-Putin-Demo und bestellen in Nannis Wohnung Pizza.

Auch aus der Kanzlerpartei sind vormittags viele im Saal dabei, Siemtje Möller zum Beispiel, die für die SPD an der norddeutschen Küste gewählt wurde und einige Wochen zuvor zur Staatssekretärin im Verteidigungsministerium aufgestiegen ist. Sie hat die Woche über im Ministerium geschlafen und Tagebuch geführt. «Mein Büroleiter hat mich in der Nacht vom Kriegsbeginn geweckt. Ich war hellwach. Und im Ministerium war alles ganz ruhig», erinnert sie sich später. Stunde um Stunde habe sie im größten abhörsicheren Raum gesessen, den es im Verteidigungsministerium gibt.

Auch Wolfgang Schmidt, der engste Berater des Kanzlers und Kanzleramtschef, sitzt im Saal, er hat sich die Rede, die sie das Wochenende über unter höchstem Druck zusammen erarbeitet haben, ausgedruckt und liest Seite für Seite mit. Schmidt verfolgt alle Reaktionen, CDU und CSU applaudieren für das Versprechen von Olaf Scholz, einen völlig neuen Sicherheitskurs einzuschlagen.

Friedrich Merz, der Fraktionschef im Bundestag, ist aufgesprungen und klatscht, als der Kanzler, eigentlich politischer Gegner, von einer neuen Realität spricht. Rolf Mützenich, der SPD-Fraktionschef, hingegen klatscht auffallend verhalten. Die SPD-Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hat ihr Handy im roten Ledercase mitgebracht und auf die Regierungsbank gelegt, Notizen macht sie sich keine. Die Wehrbeauftragte, Eva Högl, und auch Außenministerin Annalena Baerbock schreiben fast alles selbst mit. Denn es ist ernst.

Das Verteidigungsbündnis der NATO ist in diesem Augenblick in höchstem Alarmzustand, sie hat Codes mit drei Buchstaben vorbereitet, die im Ernstfall aktiviert werden, so dass vorgeplante Truppenbataillone vorrücken könnten. Die Staaten des Baltikums fürchten bereits, als Nächste attackiert zu werden. Doch nicht nur Litauen, Estland und Lettland sind besorgt, auch Deutschland selbst. Scholz geht daher noch weiter: Er verkündet, dass das Land künftig zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben wird – und zwar dauerhaft. Das ist schon seit Jahren ein Versprechen gegen-

über der NATO, wurde bislang aber höflich ignoriert im Bundeskanzleramt. Viel zu lange.

Während der Rede des Kanzlers übt eine Gruppe von Soldaten der deutschen Heeresflieger auf einem Schießplatz in der Röhn. Als sie von der Rede hören, wird das Schießen unterbrochen.

Es ist der Beginn einer großen Umwälzung, die auf die Bundeswehr nun zukommt – der zuvor eingeweihte FDP-Politiker, der vor der Rede seine kurze SMS schickte, hatte also richtig gelesen, da kam etwas Großes. Die Versprechen des Bundeskanzlers, sie sind in der Tat riesig. Und die Debatte der Abgeordneten im Bundestag dauert anschließend länger als drei Stunden. Sie ist nur der Auftakt einer politischen Entwicklung, die das Land in den folgenden zwei Jahren von Grund auf umkremeln wird.

Hier im Reichstag, am Tag der *Zeitenwende*-Rede von Olaf Scholz, nimmt all das seinen Anfang. Hier beginnt die neue Zeit.

Zeitenwende, Tag eins.

Seit dem 24. Februar 2022 ist nichts mehr, wie es war. Europa hat sich verändert, auch Deutschland. Mit dem Tag des großen Wendeversprechens in der Sicherheitspolitik startet diese Reportagerese, eine Spurensuche, quer durch eine verunsicherte Republik. Mit der Rede beginnt eine Zäsur, kündigt der Kanzler an: Kriegs-Unterstützung der Ukraine, Sanktionen gegen Russland, stärkere Abschreckung über die NATO, eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr und eine Energiepolitik, die von Russland endlich unabhängig wird. Es wurde an diesem Sonntag viel versprochen – aber wie gelingt so eine *Zeitenwende*? Mit dem Begriff, dem zentralen Motiv in der Scholz-Rede, ist vieles verknüpft, was Deutschland verändern wird: Olaf Scholz meint vor allem die Unterstützung der Ukraine, die Verhinderung eines Übergreifens von Putins Krieg, die Verbesserung der eigenen Landesverteidigung und einen grundsätzlichen Bruch in der deutschen Außenpolitik. Das alles. Doch: Was erleben die Menschen, die sie konkret umsetzen sollen? Zwei beispiellose Jahre lang, Monat um Monat,

konnte ich ihnen dabei über die Schulter schauen. Am Ende steht die ganze Geschichte hinter der *Zeitenwende*, in all ihren Höhen und Tiefen. Einfache Soldaten und ranghohe Generale erzählen aus ihrem Alltag, genauso die Verteidigungspolitiker, Manager von Rüstungsfirmen und verschwiegene Waffenlobbyisten, die plötzlich fette Geschäfte wittern. Zusammen erzählen sie das Große im Kleinen. Sie beschreiben die Realität hinter dem Versprechen des Kanzlers und machen die Menschen sichtbar, auf deren Schreibtischen die *Zeitenwende* landet.

So etwas wie die *Zeitenwende* hat die Republik seit Jahrzehnten nicht erlebt – die größte Kurskorrektur seit den Fünfzigerjahren. Eben noch war Deutschland auf Frieden ausgerichtet, Waffen hießen «Wirkmittel». Jetzt werden überfällige Schritte angegangen, solche, die eben noch undenkbar waren. Das Land muss sich von alten Überzeugungen verabschieden. Denn es gibt jetzt eine neue Realität, den Krieg.

Wehrhaftigkeit, dieses Wort macht wieder die Runde. Es beginnt eine Zeit, die Deutschland so prägen wird wie zuvor nur die Wiederbewaffnung. Auf der Ostsee kreuzen Marineverbände, deutsche Kräfte müssen im Ernstfall eines Krieges schneller verlegbar sein und schießen ihre Waffen ein.

Die Bundeswehr braucht Flugzeuge, die fliegen können, und Schiffe, die in See stechen. Doch bei der Truppe liegt alles im Argen, sie ist nicht kriegstauglich. Das zu ändern wird eine nationale Kraftanstrengung, der Modernisierungstau ist gewaltig – und gleichzeitig Gefahr im Verzug. Allein 305 000 Schutzwesten müssen her, 250 000 Einsatzrucksäcke, 150 000 Kampfbekleidungsätze und 122 000 Gefechtshelme. Und doch geht fast nichts schnell. Erst die große Ankündigung des Kanzlers – und dann?

Bei Kriegsausbruch liegt ein Stück ungeschriebener Geschichte vor allen, die in diesem Buch auftauchen und noch wissen sie nicht, was das alles bedeuten wird – wie groß die Probleme werden. Denn diese Geschichte wird schnell zu einer werden, die ein Land ohne Führung zeigt, immer wieder. Schein und Sein, Anspruch und Wirklichkeit, darum geht es.

Keiner ahnt, dass bald gar Atomkraftwerke unter Feuer stehen,

in der Ukraine, und dass Raketen niedergehen werden auf Polen – NATO-Gebiet. In Berlin weiß mit dem Ende der gefeierten Rede von Olaf Scholz kein Mensch, wie schnell die Debatten um die deutsche *Zeitenwende* eskalieren werden. Noch ist da bloß dieses Versprechen. Noch.

Die Bundeswehr? Ein Land erinnert sich

Der Schock darüber, dass Europa im Krieg aufgewacht ist, bleibt bei vielen in den ersten Tagen unverändert groß. Schock und Wut, das ist die Stimmungslage auch in Berlin. Es dauert, bis die Menschen verstehen, wie sehr sich gerade sämtliche Gewissheiten verschoben haben. Die Bilder aus der Ukraine, die nach Kriegsbeginn über die Bildschirme flackern, brennen sich ein: Überwachungsvideos der ukrainischen Grenzübergänge, vor denen plötzlich bewaffnete Russen mit ihren Militärfahrzeugen auftauchen und dann über die Grenze hinwegrollen. Geschosse, die in den Städten ganze Wohnblöcke dem Erdboden gleichmachen, Bomben auf Zivilisten, Hubschrauber, die den Flughafen Hostomel bei Kyjiw einnehmen. All das.

In Deutschland hat der Bundesnachrichtendienst (BND) schon in den Monaten zuvor eine extrem zugespitzte Lage diagnostiziert und sich so intensiv wie selten mit anderen Nachrichtendiensten in aller Welt ausgetauscht. Als der Krieg dann losgeht, ist BND-Chef Bruno Kahl dennoch ausgerechnet auf Dienstreise in Kyjiw – und muss morgens in aller Eile mit dem Auto aus der Stadt gebracht und zurück nach Berlin in die Zentrale gefahren werden. Zwar hat der BND intern schon nach 2013 eine Militarisierung Russlands erkannt, den großen Krieg für möglich gehalten oder gar prognostiziert hat der Dienst allerdings nicht.

Auch im Bundesinnenministerium (BMI) herrscht nach Kriegsbeginn Alarmstimmung, hier sorgt man sich vor allem davor, dass deutsche Extremisten in den Krieg ziehen könnten, an der Seite russischer oder ukrainischer Gesinnungsbrüder. Gleichzeitig gehen Sicherheitsexperten davon aus, dass eine erhöhte Gefahr wegen Cyberangriffen

auf die kritische Infrastruktur auch in Deutschland herrscht, Innenministerium und Bundeskanzleramt fahren ihre Schutzvorkehrungen hoch.

Vor allem aber erinnern sich die Deutschen nach Putins Überfall an ihre Bundeswehr: Kaum ein anderes Thema beschäftigt Politik, Medien und Gesellschaft in diesen Tagen so sehr. Immerhin käme es bei einem Angriff auf die deutschen Grenzen – oder das NATO-Bündnis insgesamt – auf die Verteidigungsfähigkeit der Soldatinnen und Soldaten der Bundesrepublik an. Doch über die ist im Land lange nicht mehr geredet worden, und wenn, dann ging es meist um Pannen oder Probleme, wie verschwundene Waffen oder Rechtsextremismus. Positive Schlagzeilen, dafür stand die Bundeswehr in jüngeren Jahren nun wahrlich nicht. Der Kernauftrag der Bundeswehr, die Landesverteidigung, stand schon lange nicht mehr im Fokus. Nun ändert sich alles über Nacht.

Bald schon wird der ARD-Deutschlandtrend schwarz auf weiß zeigen, dass 63 Prozent der Deutschen sich sorgen, dass das Land in den Ukrainekrieg hineingezogen wird. Alle schauen jetzt auf die eigene Truppe – die Bundeswehr im Kaltstart.

Was genau machen sie bei der Truppe noch gleich?

Im Februar 2022, während Olaf Scholz seine Rede im Bundestag hält, tragen viele Abgeordnete und Regierungsmitglieder noch ihre Corona-Schutzmasken. Die Pandemie ist damals noch nicht vorüber, man kommt von einer Zeitenwende in die nächste: erst das Virus, dann der Krieg.

Aus der Covid-Krise ist vielen im Land die Bundeswehr zumindest noch präsent: Wie die Soldatinnen und Soldaten Amtshilfe geleistet hatten und Altenheimen, Suppenküchen und Teststationen aushalfen, als zivile Stellen das nicht mehr konnten. Das war ein anderes Bild der Männer und Frauen in Uniform und das erste seit Jahren, das sich positiv im öffentlichen Bewusstsein einprägte. Freundliches Desinteresse, auf diese Formel haben manche all das gebracht: Viel Aufmerksamkeit hat die Truppe von den Deutschen in jüngster Zeit nicht gerade erhalten. Nach Kriegsbeginn nehmen viele zum ersten Mal wieder wahr, was der Kernauftrag des Militärs ist. Und das ist nun

mal, im Zweifel, der Krieg. Ein Wort, das in Deutschland lange nicht mehr gebraucht worden ist.

Zumindest die Uniform wird wieder etwas sichtbarer in der Gesellschaft, seit an jedem Freitag der Woche mehr und mehr Soldatinnen und Soldaten uniformtragend in Züge steigen, weil es inzwischen kostenlos ist. Doch wie ist die Lage außerhalb des Wochenendverkehrs? Was wissen die Deutschen wirklich über ihre Bundeswehr und schätzen sie den Dienst im Militär?

Es sind Fragen wie diese, die sich viele wieder stellen, seit der Krieg näher auch an ihr Zuhause herangerückt ist. Krieg, Landesverteidigung – das ist etwas völlig anderes als der Hilfsdienst im Altenheim. Militaristisch, ein Akt der Vergangenheit. Eigentlich. Dabei steht doch schon im deutschen Grundgesetz, in Artikel 87 a, nichts anderes als: «Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.»

Dass das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Armee – nicht nur historisch und aus guten Gründen – schwierig ist, wissen in Berlin wenige so gut wie die Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Sie gehört zu den Menschen, die sich für dieses Buch mehr als zwei Jahre lang begleiten lassen, Strack-Zimmermann wird direkt nach Kriegsbeginn schnell zum vielleicht bekanntesten Gesicht der *Zeitenwende* außerhalb des Scholz-Kabinetts. Sie ist um Standpunkte nicht verlegen, Strack-Zimmermann spricht Klartext, zum Beispiel, wenn auf Twitter debattiert wird, ob ein Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude stattfinden sollte, wie im Herbst 2021, und der Satiriker Jan Böhmermann in Anspielung auf die deutsche NS-Vergangenheit twittert: «Fackelmärsche vorm Reichstag – let’s agree to disagree.» Strack-Zimmermann sieht das anders, sie, die FDP-Frau, die im Reichstag arbeitet, findet, dass die deutschen Soldatinnen und Soldaten genau dorthin gehörten: Ins Herz der Demokratie, vor das Parlament, von dem sie auch in Einsätze geschickt werden. Sie wundert sich über solche Debatten und verteidigt den Gedenkakt sofort. «Wir haben schon ein seltsames Verhältnis zu unserer Truppe», sagt sie bei einem Fernsehauftritt und fordert, die Belange einer verteidigungsfähigen Armee stärker öffentlich zu diskutieren – schon damals, vor dem Krieg.

Wer Marie-Agnes Strack-Zimmermann treffen will, fährt am besten selbst in den Bundestag, wo die Abgeordnete ihr Büro hat. An ihrem Fachgebiet, der deutschen Verteidigungspolitik, gibt es seit Kriegsbeginn ein völlig neues Interesse. Wer jetzt, im Februar 2022, im Verteidigungsausschuss sitzt, wo die wirklich wichtigen Entscheidungen zur Zukunft der Bundeswehr getroffen werden, also *Zeitenwende* gemacht wird, der wird in diesen Wochen immer bekannter. Genauso wie die Truppe selbst. Jetzt, da alles auf die Verteidigungspolitik blickt, werden aus Fachpolitikern plötzlich landesweit wiedererkannte Persönlichkeiten. Strack-Zimmermann zählt dabei anfangs noch zu denen im Parlament, die nicht in der ersten Reihe stehen, aber die wichtige Facharbeit des Bundestags in seinen Ausschüssen erledigen. Verlässlich, gewissenhaft, mit Elan und Ausdauer. Jetzt hilft ihr das, plötzlich wird Marie-Agnes Strack-Zimmermann fast so präsent sein wie der Kanzler.

Dass sie so bekannt wird, passiert ihr spät in einer beachtlichen Karriere: Bei Kriegsbeginn ist sie 63 Jahre alt, doch wenige haben solch eine Energie im Verteidigungsausschuss. Sie lädt Gäste ein, trifft ausländische Delegationen, leitet die Sitzungen von morgens um 7 Uhr bis manchmal spät in die Nacht. Strack-Zimmermann kannte dessen Arbeit schon im Detail, als sich fast kein Reporter und der Rest der Öffentlichkeit ebenso wenig dafür interessierte. Sie macht die Arbeit mit der Bundeswehr schon seit 2017, doch jetzt erst kennt ihr Gesicht und die markanten weißen Haare das ganze Land.

Geboren wurde sie im Westen, das hat sie geprägt, sagt Strack-Zimmermann, die Zeit in Düsseldorf. Ihre Großmutter lebte in Westberlin, der Osten blieb ihr fern, auch ideologisch. Das Thema ihrer Doktorarbeit: US-Präsident Ronald Reagan. Die DDR hat sie nie besucht, dass Russland in ihrer Lebenszeit einen solchen Krieg beginnen würde, hätte sie nicht für möglich gehalten. «Auch ich nicht», sagt Strack-Zimmermann nachdenklich.

Alle im Land wurden von diesem Krieg überrascht, jetzt muss daraus die *Zeitenwende* entstehen. Und viel Zeit bleibt nicht. Die Ausgangslage ist klar, zumindest für Strack-Zimmermann, andere im Bundestag haben noch Probleme damit, sich von Russland klar abzu-

grenzen, oder lehnen das gar bewusst ab, wie die – inzwischen mehr als – rechtspopulistische AfD. Über Putin spricht die FDP-Abgeordnete so klar wie über wenige. Strack-Zimmermann gibt eindeutige Sätze zu Protokoll, in ihrer Welt ist Putin schlicht ein «Massenmörder», da gebe es keine zwei Meinungen. Mit solchen Aussagen positioniert sich Strack-Zimmermann früh in dieser neuen Zeit, in Reden, im Fernsehen und auf Social-Media. Wer dazu etwas wissen will, vor allem im politischen Berlin, der ruft am besten «Stracki» an. So wird sie in Berlin genannt, wo Marie-Agnes Strack-Zimmermann sechs Mitarbeitende hat.

Ihre Einsatzzentrale ist das geräumige Arbeitszimmer mit Blick auf den Reichstag, das sie unlängst bezogen hat, ihr Bundestagsbüro, direkt neben dem Ausschusssaal in der zweiten Etage. Morgens muss Strack-Zimmermann jeden Tag vorbei an einer schwarzen Gedenktafel für Deutschlands tote Soldatinnen und Soldaten, danach drückt sie eine schwere Sicherheitstür auf, um an ihren Arbeitsplatz zu gelangen. Wer nicht angemeldet ist, kommt nicht hinein. Wer einen falschen Knopf drückt, löst Alarm aus. Was zeigt: Das hier ist einer der heikleren Orte im Parlament, Fachpolitik heißt im Verteidigungsausschuss, dass es schnell um Leben und Tod geht. Denn von hier aus wird vorbereitet, wenn der gesamte Bundestag mit seinem Votum die Bundeswehr losschickt auf Missionen und Einsätze. Die Bundeswehr ist schließlich eine Parlamentsarmee, über deren Tätigkeit gewählte Abgeordnete entscheiden, nicht ein kleiner Kreis eingeschworener Generale. Das ist eine Lehre der deutschen Geschichte.

Zu ihrer Gegenwart meint Strack-Zimmermann: «Wir brauchen eine starke und kompakte Armee, wir müssen wehrfähig sein, und die Soldatinnen und Soldaten haben auch das Recht, gehört zu werden und präsent zu sein, damit jeder weiß, dass das nicht etwas Seltsames ist.» Und deswegen sollten Gedenkmärsche und andere wichtige Anlässe auch vor dem Parlamentsgebäude stattfinden, wo die Abgeordneten sitzen, die der Bundeswehr als demokratisch getragene Armee Vorgaben machen. Das wiederholt sie gerne noch einmal.

Ehe Strack-Zimmermann in die große Politik gegangen war, war sie Erste Bürgermeisterin in Düsseldorf, und noch früher arbeitete sie im

Tessloff-Verlag. Das war ihre Leidenschaft, noch heute kann sie alle «Was ist Was»-Sachbuchbände auswendig und weiß, welches Thema in welcher Ausgabe besprochen wurde. «Krieg» kam in keiner Ausgabe als Titel vor, dafür musste Strack-Zimmermann schon eher in ihrem alten Brockhaus blättern, der hier, im Abgeordnetenbüro, gleich mehrere Regale an der Wand einnimmt. «Krieg», steht im Brockhaus, «ist eine bewaffnete Auseinandersetzung». Den wahren Horror in der Ukraine beschreibt das nicht im Ansatz.

Im Büro stehen schwarze Ledermöbel, auf denen schon viele Generale saßen und Anliegen vortrugen. Auf dem kleinen Tisch davor liegt Lakritz, auf dem großen Schreibtisch vor Strack-Zimmermann steht ein Kampfjet-Modell, der deutsche Eurofighter, und Strack-Zimmermanns Stiftmappe trägt die klassische Multi-Tarn-Musterung der Bundeswehr, die von der grünen Uniform. Hinter ihr, im Regal neben dem Brockhaus, steht ein weiteres Militärmodell, das von einer grauen Transportmaschine der Luftwaffe, und daneben drei kleine Flaggen von Deutschland, der EU und der NATO – die westliche Sicherheitsarchitektur, in welche die deutsche Verteidigungspolitik eingebettet ist. In den ersten Kriegswochen sagt Strack-Zimmermann: «Die Gewissheiten, die wir die vergangenen Jahrzehnte immer hatten, sind mit diesem Krieg vorbei.»

Fragt sich: Was heißt das nun für die Bundeswehr? Das kann die Politikerin schnell beantworten, dafür braucht sie kein Buch, kein Lexikon und auch keine kleinen Modellbauten, denn da kennt sie sich bei Kriegsbeginn längst so gut aus wie kaum jemand im Land.

Doch ausgerechnet sie fehlt am Tag des Zeitenwendebeginns im Bundestag: Die große Rede des Kanzlers verfolgt Strack-Zimmermann nicht im Plenarsaal, sondern vom Sofa aus – sie liegt krank zuhause an jenem Sonntag. Am Fernseher schaut sie sich alles an, nicht ahnend, dass die kommenden Tage, Wochen und Monate ihr Leben auf den Kopf stellen werden. Sie hat nicht vergessen, was sie in jenen Momenten dachte, sagt sie, in denen Olaf Scholz seine *Zeitenwende* ankündigte: «Ich war begeistert von der Deutlichkeit. Viele Gesichter wurden auf dem Fernseher eingeblendet – freudige, überraschte, entsetzte.» Ein Sondervermögen von 100 Milliarden, mit dem jetzt die

Bundeswehr aufgerüstet werden soll? Da war auch sie überrascht, gibt sie zu.

Dabei ist es nicht die erste *Zeitenwende* der deutschen Armee. Die Geschichte der heutigen Bundeswehr, das ist wichtig, begann nach dem Zweiten Weltkrieg. 1955 wurde Deutschland von den Alliierten wiederbewaffnet, danach wurde eine Truppe aufgebaut, die lange durch den Kalten Krieg geprägt war, den letzten großen Konflikt des Westens mit dem Osten. 1998, nach ersten Auslandseinsätzen in den Jahren zuvor, folgte ihr erster echter Kampfauftrag im Ausland, im zerfallenden Jugoslawien, wo deutsche Soldatinnen und Soldaten im Einsatz rund um den eskalierenden Konflikt zwischen Serben und Albanern militärische Unterstützung leisteten. Es war ein Novum für die Bundeswehr, dieser Krieg im Kosovo: Deutschland beteiligte sich im Einsatz der NATO gegen Serbien, was hoch umstritten war im Land. Im neuen Jahrtausend angekommen, ging es zunächst ins ferne Afghanistan, zwanzig Jahre am Hindukusch folgten, wo die Deutschen nach dem 11. September von 2001 mit der NATO den islamistischen Terrorismus zerstören und eine Demokratie nach westlichem Vorbild aufbauen wollten. Die Aufrüstung im Jahr 2022 – es ist nicht die erste Zäsur der Armee. Aber sicher ihre größte.

Auch die Abgeordnete Strack-Zimmermann sagt: Jetzt gilt es, jetzt muss das deutsche Desinteresse ein Ende finden. «Wir müssen wieder wehrhaft werden», diesen Satz wiederholt sie in den ersten Kriegstagen bei fast jeder Gelegenheit. Landes- und Bündnisverteidigung ist nun etwas, das nicht länger nur im Brockhaus steht. Es geht um die Verteidigungsfähigkeit des gesamten NATO-Gebiets, der westlichen Welt, nicht mehr nur in der Theorie, sondern im realen Ernstfall. Dass Russland seinen Krieg in der Ukraine ausweiten könnte, vielleicht sogar auf die NATO, ist eine ernsthafte Sorge. Sich darauf vorzubereiten, vorbereitet zu sein, wird im Februar 2022 über Nacht zur dringenden Herausforderung.

Alles wird in den kommenden Monaten durcheinandergewirbelt. Abschreckung, Kriegswirtschaft – alte, ausrangierte Worte werden wieder aktuell. Es sind dunkle Zeiten, die hereinbrechen über das Land. Und es gibt unendlich viel zu tun.

Wie unser Militär marode wurde

Februar 2022

Deutsches Heer, Straußberg in Brandenburg

Am Morgen des 24. Februar beginnt Deutschlands oberster Heeresgeneral seinen Tag mit Wut im Bauch. Gerade hat er vom russischen Einmarsch gelesen, das Szenario, welches sie seit Wochen hatten aufziehen sehen, aber mit aller Diplomatie und Vernunft nicht hatten verhindern können. Jetzt erlebt der Kontinent eine völlig eskalierende Militäraktion. Und da kennt sich Alfons Mais aus, er ist ein Mann des Militärs und steht für ein ganzes Leben in Uniform. Mais ist bei Kriegsbeginn 59 Jahre alt und führt die deutschen Landstreitkräfte, das *Kommando Heer*. Und wie die Verteidigungspolitik in Berlin, steht nun auch dieses plötzlich im Mittelpunkt. Käme der Krieg wirklich nach Deutschland, und damit in die NATO, dann kämpfte das Heer an vorderster Front. Vor allem die Infanterie, also Soldatinnen und Soldaten, die mit dem Gewehr in der Hand in den Kampf ziehen, im Wald oder städtischen Gebiet. Oder die Artillerie, jener Teil der Kampftruppe, der schwerste Waffen einsetzt, wie Panzer oder Haubitzen.

Über all das hat General Mais die Kontrolle, ein Rheinländer mit kurzen dunklen Haaren, dessen freundlicher Blick keine unnötige soldatische Härte ausstrahlt. Viele in der Truppe schätzen das, über Mais kommen in der Hierarchie nur noch wenige, etwa der Generalinspekteur, Deutschlands oberster Soldat, und natürlich der Minister oder die Ministerin an der Spitze des Verteidigungsressorts.

Im Heer hat Alfons Mais mehr als vierzig Jahre gedient, er weiß also, was einen guten Soldaten ausmacht, und er gilt als guter Truppenführer, einer, den die Kameradschaft antreibt, Verbundenheit und Tradition, und einer, der weiß, dass Generale vor allem nach innen wirken, nicht nach außen. Letzteres ist Sache des Ministeriums, Politik. Männer wie Mais wissen aber auch, dass es kein Zufall ist, dass bei der Bundeswehr jetzt so viel zu tun ist, sondern der Spar-

kurs über lange Jahre politisch gewollt war, allen Warnungen zum Trotz.

Als am Morgen des 24. Februar klar wird, dass sich die Welt gerade gedreht hat, setzt sich Mais an seinen Computer und tut etwas, das höchst unüblich für einen General ist – er meldet sich öffentlich zu Wort. Er teilt seine Gefühlslage zum Kriegsbeginn in der Ukraine mit, im Internet, auf der Plattform LinkedIn. Dort macht er sich Luft und postet:

«Du wachst morgens auf und stellst fest: Es herrscht Krieg in Europa. Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da.»

Die Sätze werden im ganzen Land diskutiert, Mais ist plötzlich eine öffentliche Figur. Darf ein General das? Einfach so seine Meinung sagen und aus der Ordnung heraustreten?

Mais will an jenem Morgen schlicht offenlegen, dass die deutsche Truppe alles ist, nur nicht verteidigungsfähig. Der Heereschef schreibt: «Wir brauchen mehr Ausrüstung, Geld und Wertschätzung!» Auch Mais ist eingeweiht, ehe der Bundeskanzler drei Tage nach dem Post seine Regierungserklärung hält. «Ich hatte eine SMS bekommen, in der ein Hinweis stand, dass es sich lohnen könnte, die Rede anzuhören. Also habe ich zuhause mit meiner Frau zugeschaut.»

Auch Alfons Mais ist danach elektrisiert, Aufbruch, endlich, in sichere Zeiten, auch wenn der Anlass ernster nicht sein könnte. Für Generale wie Mais ist der Krieg nichts Fremdes, sie müssen sich auf ihn einstellen, das ist der Job. Seit jenem Tag und den Ankündigungen von Olaf Scholz geht es nun um die Einlösung des Sicherheitsversprechens. Seit jenem Tag tickt die Zeitenwendeuhr.

Kommt das versprochene Geld wirklich bei den Soldatinnen und Soldaten an? Mais wird dranbleiben und genau hinschauen. Er hofft, dass er nicht wieder Alarm schlagen muss und die Dramatik der Zeit jetzt endlich ins Bewusstsein durchgedrungen ist. Denn ein General muss sich eigentlich zurückhalten, ein Zwiespalt, den Mais selbst re-

flektiert, er fragt sich seither, wie emotional ein Truppenführer überhaupt sein sollte.

Mais ist am Anfang der *Zeitenwende* ein General, der aufmuckt. Er steht für die Hoffnung, aber auch das Verzweifeln in der Bundeswehr. Er vereint die Widersprüchlichkeit und das Anstrengende der *Zeitenwende* in seiner Person. Mais will durch das System brechen, muss aber gleichzeitig in der Linie bleiben. Im Grunde eine unmögliche Mission. Der General steht am Ende auch für die Hoffnung auf ein besseres Militär. Schafft er es oder verzweifelt er? Ist die Bundeswehr reformierbar?

Im Verteidigungsministerium waren in der Tat nicht alle angetan vom öffentlichen Schritt des Heereschefs und seinem Post. Dennoch: Mais kann nicht anders in dieser schlimmen Stunde, er muss Alarm schlagen, lange hat alles brach gelegen. Zu lange, findet Mais, ist seine Bundeswehr marode gemacht worden. Und deswegen muss er aufrütteln, egal, was andere denken. Und wenn ihm das Gerede über seinen Text, das ihn im ersten Zeitenwendejahr auf jede Veranstaltung und bei jedem Termin folgen wird, tatsächlich einmal zu viel wird, versucht er es mit entwaffnendem Humor. «Es war früh, ich hatte meine Tabletten noch nicht genommen.»

Ansonsten ist es eher so, wie die FDP-Abgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann sagt – ein düsterer Jahresbeginn. Und es wird noch schlimmer werden. Die Verteidigungspolitikerin und der General, sie kennen sich, sie schätzen sich. Manches bei aller Ernsthaftigkeit leicht zu nehmen, verbindet sie. Sie kommt aus dem Rheinland, er, der General, aus Koblenz, es sind keine Welten, die zwischen ihnen stehen. Der Job in der Verteidigungspolitik ist nun, die Bundeswehr auszustatten und kriegsbereit zu machen. Kaltstart eben.

Und deshalb sitzt General Mais in den kommenden Wochen oft auf Strack-Zimmermanns schwarzer Ledercouch im Bundestag und berichtet von den tristen Realitäten seiner Truppe. Zum Beispiel zu der Frage, welche Waffen überhaupt funktionieren – und an welchen es mangelt.

Bloß: Der General kann nicht einfach *Zeitenwende* einkaufen. Nicht nur, weil es Kriegsgerät kaum bei Amazon gibt, sondern weil

die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist und ihre Gelder aus dem Bundeshaushalt kommen. Der Bundestag entscheidet über ihre Bewaffnung, nicht die Generalität selbst. Auch nicht Mais. Dies ist in Deutschland seit 1956 sogar in Artikel 87b des Grundgesetzes verankert und trägt der deutschen Geschichte Rechnung. Das Militär soll nämlich keine eigenständige Wehrverwaltung haben und wird stattdessen zivil verwaltet. Dahinter steht das sogenannte Trennungsgesetz, nach dem es neben den Streitkräften eine zivile Bundesverwaltung geben muss. Nie wieder soll sich das Militär verselbstständigen wie in der Zeit des Nationalsozialismus, nie wieder soll es sich heimlich selbst aufrüsten.

Die Gelder der heutigen Bundeswehr kommen allesamt aus dem Bundestag in Berlin. General Mais kann dort nur Werbung machen für seine Sache, er kann Runden drehen im Parlament und für die Bundeswehr lobbyieren. Er kann den Abgeordneten erklären, wo die Not besonders groß ist und was man wirklich braucht bei der Truppe. Und was nicht.

Welche Waffen die Bundeswehr bereits hat und wie viele davon einsatzfähig sind – das zählt zu den größten Staatsgeheimnissen der Republik. Sollten solche Zahlen im Detail bekannt werden, so die Argumentation der Regierung, könnten Feinde herauslesen, was die Bundeswehr alles leisten kann. Und wo sie am verwundbarsten zu treffen wäre. Daher bleiben die Papiere unter Verschluss, sie liegen in Tresoren und nur sicherheitsüberprüftes Militärpersonal sowie die Abgeordneten im Bundestag dürfen Einsicht nehmen. Selbst Notizen zu diesen Geheimakten müssen nach Lektüre vernichtet werden – nichts soll nach draußen dringen.

Und doch tut es das manchmal. Denn es ist auch das Recht der deutschen Öffentlichkeit, zumindest einige Hintergründe zur Ausstattung ihrer Bundeswehr zu kennen, um einschätzen zu können, ob der Staat im Verteidigungsfall seine Fürsorgepflicht erfüllen kann. Weil das so ist, recherchiert zum einen die Presse zu den Militärdokumenten der Regierung und zum anderen veröffentlicht die Regierung selbst gelegentlich zusammengefasste Stände, die eine Ahnung geben von der Lage bei der Truppe, aber Gegnern nicht zu viel verraten. Es ist ein

schmaler Grat. Und natürlich auch ein politisches Spiel: Denn keine Bundesregierung kann ein Interesse daran haben, dass publik wird, wie blank die Bundeswehr tatsächlich schon seit Jahren ist.

Interessant sind da zum Beispiel die Zahlen vom 13. Januar 2022; der großflächige Krieg Russlands in der Ukraine und die deutsche *Zeitenwende* liegen noch wenige Wochen in der Zukunft. Das Verteidigungsministerium veröffentlicht damals die so genannte «Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme», einen Monat und elf Tage vor Kriegsbeginn. Die Formulierungen des Ministeriums klingen erst einmal gut: Die Quote der Einsatzfähigkeit «steige» auf 77 Prozent, heißt es vielversprechend.

Doch die Rohdaten hinter diesen Quoten, die wahre Einsatzfähigkeit der Teilstreitkräfte – also Heer, Marine, Cyber und Luftwaffe – werden grundsätzlich zur Verschlussache erklärt, auch Anfang 2022, und sollen nicht weiter bekannt werden. Das gilt vor allem für die sensibelsten dieser Papiere: die Anhänge, Zahlenkolonnen zu jedem einzelnen Waffensystem, vom Panzer bis zur Fregatte. Wie viele gibt es? Wie viele funktionieren?

Es sind diese Tabellen, die oben auf jeder Seite einen dicken roten Stempel bekommen: «GEHEIM – amtlich geheimgehalten».

Noch brisanter sind nur die Planungsakten, die verraten, wie viel Geld die Bundesregierung künftig einplant, um militärische Mittel zu beschaffen – und welche Waffen das sein sollen. Vor allem diese Listen sind ein Staatsgeheimnis, das auch die Presse nicht einsehen kann – im Grunde nie. Nur einmal fiel in den vergangenen Jahren Licht auf solche Papiere: vor einem deutschen Strafgericht. Das hatte 2019 den Fall zweier Rüstungsmanager verhandelt, die widerrechtlich Kopien hochoffizieller Geheimnisse erhalten hatten und sie für eigene Motive nutzen wollten, für ihre Firmen nämlich.

Wer als Rüstungsmanager im Voraus weiß, wie viel die Regierung für welche künftigen Rüstungsprojekte veranschlagt, kann bei der Ausschreibung ein passgenaues Angebot abgeben, die Konkurrenz unterbieten, aber noch den maximalen Gewinn rausholen. Um solche Kopien von Verschlussachen ging es vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf, es verurteilte die Männer zu Freiheitsstrafen. Würde ein Staat

wie Russland diese Papiere in den Händen halten, wäre die Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet, hieß es im Urteil.

Zur Wahrheit gehört: Wenn die Einsatzbereitschaftspapiere in Gänze publik würden, ob mit oder ohne schützenswerte Anhänge und Geheimteile, wäre das vor allem eines – peinlich für die Bundeswehr. Und peinlich für das Ministerium. Zu marode ist die Ausstattung. Zu schlecht die Einsatzbereitschaft, seit Jahren.

Wie es wirklich um sie steht? Die Antwort: Schlechter als das Ministerium mit seiner Wortwahl der «gestiegenen» Quote den Anschein erweckt. Schaut man genauer hin, liest man zurückhaltendere Sätze: So habe sich die Quote genau genommen eher «verstetigt». Ein halbes Jahr zuvor hatte sie noch bei 76 Prozent gelegen, 77 Prozent, das soll jetzt also ein Erfolg sein. Im Dezember 2020 lag die Quote nach Angaben des Ministeriums bei 74 Prozent gegenüber knapp 71 Prozent im Juni 2020. Der Bundeswehrverband hingegen sah die deutsche Einsatzbereitschaft schon 2020 bei maximal fünfzig Prozent. Schaut man für das Folgejahr nun noch genauer hin, gibt es endgültig Grund für Skepsis. Wenn es vom Verteidigungsministerium zum Beispiel heißt: «Die materielle Modernisierung der Streitkräfte bleibt trotz der in der 19. Legislaturperiode erreichten Erfolge und der durch den deutschen Bundestag gebilligten Beschaffungsvorhaben unverändert eine große Herausforderung.»

Herausforderung? Das, muss man wissen, ist für die Bundeswehr eine besonders beliebte Vokabel, hinter der sich eigentlich ein ganz anderes Wort versteckt: «Herausforderungen» sind nichts anderes als Probleme. Und davon führt der Bericht so einige auf. Allen voran die deutschen Hubschrauber, von denen im Januar 2022 nur vierzig Prozent einsatzbereit sind. Das Ministerium berichtet von einem «zu niedrigen, unbefriedigenden Niveau» und verweist, etwas hilflos, darauf, dass viele Modelle eben «komplex» seien, wie der NH90, ein mittelschwerer militärischer Transporthubschrauber oder der Kampfhubschrauber Tiger. Das stimmt zwar, Wartung und Inspektion sind aufwendig. Dennoch: Schuld an der miesen Quote ist vor allem das hohe Alter des übrigen Bestandes. So hat jener Hubschrauber, der die besonders schweren Lasten transportieren kann, CH-53, seinen ersten

Flug für die Bundeswehr 1972 gemacht. Überrascht es da, dass dieser alte Vogel die niedrigste Einsatzbereitschaft bei der Luftwaffe hat? Wegen seiner Altersschwäche ist er störanfällig und es fehlen Ersatzteile. Immer wieder kommt es zu außerplanmäßigen Landungen.

Auch der große Airbus-Transportflieger A400M ist, vor allem anfangs, bei weitem nicht so gut wie von der Herstellerfirma angepriesen: Nur bis zu zehn der etwa dreißig Maschinen waren laut Verteidigungsministerium Anfang 2022 «einsatzbereit». Insgesamt hatte man nach eigenen Angaben 71 Hauptwaffensysteme auf ihre Einsatzfähigkeit hin geprüft, bei elf Systemen lag die Einsatzfähigkeit unter fünfzig Prozent. In einem Kriegsfall wäre demnach nur jede zweite Waffe fähig, das Land mit genau diesem System auch zu schützen. Die *Süddeutsche Zeitung* weist derweil auf Probleme vor allem bei der Marine hin: «Dort wird offen infrage gestellt, ob künftig noch genügend Schiffe für alle Einsätze bereitgestellt werden können», schreibt man.

Das alles kann lesen, wer im Januar 2022 eine deutsche Tageszeitung aufschlägt, Alarm geschlagen hat allerdings kaum jemand. Wer sich auskennt, weiß, dass die Probleme eher größer als kleiner werden dürften: Denn während der Pandemie hat die Bundeswehr weniger geübt als normalerweise. Das hat Material geschont und die Einsatzfähigkeitsquote hochgedrückt. In Wahrheit, unter Volllast, hätte sie viel schlechter ausgesehen. Im Bundestag zweifelt vor allem die Opposition die tatsächliche Aussagekraft der Zahlen an: Je mehr einzelne Einsatzstände zu einer Gesamtquote zusammengesetzt würden, desto mehr sinke auch die wahre Aussagekraft. Und es stimmt: Wie viele Transport-LKW der Truppe tatsächlich fahren, ist nicht so relevant wie der Einsatzgrad deutscher Kriegsschiffe in der Ostsee.

Wer wissen will, wie es um die Bundeswehr zu Kriegsbeginn 2022 steht, der muss ins Jahr 2014 zurückreisen. Die Zahlen für dieses Schlüsseljahr sind besonders wichtig: Denn bereits 2014 überfällt Russland einen Teil der Ukraine zum ersten Mal und annektiert widerrechtlich die strategisch wichtige Krim. Danach beginnen einzelne Staaten aufzurüsten – Deutschland zählt nicht dazu. Die Bundesrepublik träumte weiter ihren geruhsamen Friedenstraum.

Stattdessen erscheinen im September 2014 wieder einmal peinliche

Presseberichte. Diesmal einsatzuntauglich: der Marine-Hubschrauber Sea Lynx Mk88A – nicht eine einzige von 22 Maschinen ist damals für den Auslandseinsatz freigegeben. Man hatte Risse im Heck gefunden. Im Bundestag werden die Abgeordneten nervös und verlangen Antworten, hochrangige Militärs werden herbeizitiert. Ein CSU-Verteidigungspolitiker meldet sich noch während der laufenden Bundestagsitzung beim bekannten Bundeswehr-Berichtersteller Thomas Wiegold, dessen Blog Augengeradeaus Pflichtlektüre vieler Soldatinnen und Soldaten ist. Florian Hahn gibt aufgeregt durch: «Es herrscht kreative Mangelverwaltung. Mit Ach und Krach kann die notwendige Verfügungsbereitschaft hergestellt werden. Langfristig fahren wir so gegen die Wand. Neue Systeme laufen nicht zu. Alte Systeme müssen aufwendig am Leben gehalten werden. Ersatzteile werden aus bestehenden Geräten ausgebaut.»

Die betroffenen Hubschrauber machen damals immerhin die Hälfte der Marine-Flotte aus. Die andere Hälfte wird vom Sea King gestellt – auch dieser Hubschrauber fällt schon damals mit Technikproblemen auf. Die damalige Verteidigungsministerin, Ursula von der Leyen (CDU), heute Präsidentin der EU-Kommission in Brüssel, versucht in diesen Wochen des Jahres 2014 Schadensbegrenzung in der *Bild*-Zeitung. Dort sagt sie, es stehe nicht so schlecht um die Bundeswehr, bei den Marinefliegern aber sei man einfach «in einer Umbruchsphase».

Der deutsche Umbruch, er wird sich jahrelang hinziehen. Da tauchen deutsche Kriegsschiffe auf, für die es kaum Lenkflugkörper gibt – rechnerisch manchmal bloß fünf Schuss pro Schiff. Wegen solcher Zahlen hatte die CDU-Ministerin von der Leyen schon einmal versucht, der Bundeswehr eine *Zeitenwende* zu verordnen, nur nannte sie das «Trendwende». Gleich mehrere davon versprach sie vollmundig, als sie von 2012 bis 2019 das Amt der deutschen Oberbefehlshaberin innehatte. Von der Leyen beließ es nicht bei Trendwenden, 2020 gab es auch eine «Initiative Einsatzbereitschaft»: Die sollte bewirken, dass deutsche Hubschrauber künftig vielleicht sogar fliegen könnten. So entstand ein Paket von 25 Maßnahmen, die die Bundeswehr handlungsfähiger machen sollten. Auch an ihnen lässt sich ablesen, wo es noch 2021 am meisten knirschte.

Auf der Liste: die Optimierung der Bundeswehr-Datenpflege in einer einheitlichen IT-Unterstützungsstruktur (SASPF), die Digitalisierung der gesamten Luftwaffe, die Verbesserung der Verfügbarkeit einfacher Ersatzteile für die Marine, einsatzbereitere Straßentankwagen, mehr modulare Sanitätseinrichtungen, verlässlichere Transportpanzer oder auch die professionellere Instandsetzung simpler Handfeuerwaffen. So geht die Liste weiter und weiter, irgendwann redet die Bundeswehr selbst bloß noch wolkig von «administrativen Hemmnissen», die beseitigt werden müssten. Noch im Vorkriegsjahr 2021 sagen manche über die deutsche Truppe, dass sie im Grunde ein einziges administratives Hemmnis sei.

Die negativen Schlaglichter auf erste Zahlen und Fakten aus den Jahren 2014 und 2015 sind das eine – im Kriegsjahr 2022 bestehen die Mängel aber immer noch. Ursula von der Leyen ist nach Brüssel weitergezogen, die Probleme blieben. Es sind die mickrigen 77 Prozent Einsatzbereitschaft, weder sie noch ihre CDU-Amtsnachfolgerin Annegret Kramp-Karrenbauer haben sie in den Griff bekommen. In der Konsequenz heißt das schlicht: Der verfügbare Bestand aller Hauptwaffensysteme der Bundeswehr ist immer noch weit davon entfernt, voll einsatzfähig zu sein.

Das gilt auch für den eigentlich als hochmodern angepriesenen Schützenpanzer Puma, obwohl er schon neun Jahre bei der Bundeswehr ist. Im Januar 2022 setzt Berlin nun alles darauf, dass zumindest dieser Problemfall der Vergangenheit angehört. Doch das wird ihnen noch auf die Füße fallen – keine zwölf Monate später.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de